

06.06.2023

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zu dem Antrag „**Schutz der Biodiversität in NRW – global denken und lokal handeln.**“

der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/2480

I. Verschenkte Zeit beim Schutz der Biodiversität

Im Sommer 2020 startete die Volksinitiative Artenvielfalt NRW. Die Initiatoren haben damals die Landespolitik aufgefordert, den Schutz der Artenvielfalt endlich ganz oben auf die Agenda zu setzen. Sie erklärten, dass die Zeit des Redens endlich vorbei sein müsse. Sie erklärten, dass es nicht reiche, den Erhalt der biologischen Vielfalt als größte umweltpolitische Herausforderung neben dem Klimawandel zu beschwören und Artenvielfaltkonferenzen zu veranstalten. Vielmehr müsse jetzt ein verbindliches Handlungsprogramm Artenvielfalt NRW beschlossen und über Gesetze, Verordnungen und Programme umgesetzt werden.

Als Handlungsfelder benannten die Initiatoren folgende Punkte:

- Flächenfraß verbindlich stoppen
- Schutzgebiete wirksam schützen
- Naturnahe und wilde Wälder zulassen
- Naturverträgliche Landwirtschaft aktiv voranbringen
- Biotopverbund stärken und ausweiten
- Lebendige Gewässer und Auen sichern
- Artenschutz in der Stadt fördern
- Nationalpark in der Senne ausweisen

Die Volksinitiative Artenvielfalt NRW hat mit den vorgelegten Handlungsfeldern Ziele vorgelegt, die damals von keiner der Landtagsfraktionen in Zweifel gezogen wurden. Weiterhin haben die Unterschriften von 115.000 Bürgerinnen und Bürgern bewiesen, dass der Schutz der Biodiversität in der Gesellschaft große Bedeutung hat.

Nun hätte die „Zukunftscoalition“ mit dem Antrag „Schutz der Biodiversität in NRW – global denken und lokal handeln.“ die Möglichkeit gehabt, diese Ziele erneut zu definieren und mit eigenen innovativen Initiativen zu unterstützen und weiterzuentwickeln. Der vorgelegte Arbeitskatalog der Fraktionen von CDU und DIE GRÜNEN ist allerdings ernüchternd: Übrig bleibt

Datum des Originals: 06.06.2023/Ausgegeben: 06.06.2023

ein weiteres Verschieben und Vertrösten auf unspezifische Ziele, deren Zukunft ungewiss ist. Diese bestätigt die Kritik der Naturschutzverbände in der Anhörung, dass es in NRW weniger ein Mangel an Langfristzielen gibt, sondern einen Mangel an Umsetzung. Auch die in der Begründung aufgeführten Probleme finden im Forderungskatalog keine entsprechende Handlungsperspektive.

Dass der Druck zu handeln groß ist, hat die Anhörung zum vorliegenden Antrag gezeigt. Zugleich steht mit den Vereinbarungen der Weltnaturkonferenz (CBD COP15) und den Vorgaben der EU-Biodiversitätsstrategie das Jahr 2030 als Markstein im politischen Raum, auf den sich schon heute eine Landesregierung konkret beziehen müsste. Ein Antrag zum Schutz der Biodiversität muss dazu Strategien und Lösungen vorlegen – leider sucht man sie in diesem Antrag vergeblich.

II. Beschluss

Der Landtag fordert die Landesregierung auf

- für die Handlungsfelder der „Volksinitiative Artenvielfalt NRW“ bis Ende 2023 Aktionspläne zu erarbeiten;
- bis Mitte 2024 einen NRW-Strategieplan zur Umsetzung der EU-Biodiversitäts- und COP 15-Ziele für das Jahr 2030 zu erarbeiten;
- die Förderrichtlinien im Naturschutz dringendst zu entbürokratisieren und Antragserstellungen deutlich zu vereinfachen;
- die aktuellen Kofinanzierungsregelungen für Vereine und Biologische Stationen für die Umsetzung von staatlichen Aufgaben zu streichen;
- die von der EU-Biodiversitätsstrategie und den Beschlüssen der Weltnaturkonferenz vorgegebenen Schutzgebietsvorgaben für einen landesweiten Biotopverbund landesweit zu sichern;
- gemeinsam mit den Kommunen Standards für die Bewirtschaftung öffentlicher Grünflächen zu etablieren, um somit die biologische Vielfalt in Städten und Gemeinden zu erhöhen;
- in NRW ein Förderprogramm analog dem baden-württembergischen Programm „Natur nah dran“ aufzulegen und somit den kommunalen Naturschutz zu fördern;
- kurzfristig dafür zu sorgen, dass die Kreise und kreisfreien Städte der Verpflichtung zur flächendeckenden Landschaftsplanung endlich nachkommen.

Jochen Ott
Sarah Philipp
Alexander Vogt
René Schneider
Anja Butschkau

und Fraktion